

## **USA: Katholische Kirche stellt Religionsfreiheit über Grundrechte**

**Eine der wenigen positiven Errungenschaften der Regierung Trump war die Schaffung einer nationalen Suizid-Hotline in den USA, welche sogar explizit auch auf LGBTI+ zugeschnitten wurde. Doch wie nun bekannt geworden ist, war dies der Katholischen Bischofskonferenz ein Dorn im Auge und sie betrieben mächtig Lobbyarbeit im Hintergrund dagegen – wie schon bei anderen Vorstößen, welche die bloße Existenz von queeren Personen beinhaltet haben.**

Die Regierung Trump hat während den vier Jahren im Amt unzählige Attacken gegen die LGBTI+ Community gefahren, doch mit dem National Suicide Hotline Designation Act haben sie doch auch etwas Positives geschaffen. Im vergangenen Jahr stimmte der Kongress diesem neuen Gesetz zu und erteilte somit den Auftrag, dass eine nationale Telefonnummer geschaffen wird, welche bei psychischen Problemen und Suizidgedanken kostenlos angerufen werden kann. Dabei haben die Politiker\*innen auch festgehalten, dass gerade queere Jugendliche besonders davon betroffen sind, und dass auch diesbezüglich besonders geschultes Personal zum Einsatz kommt, und dass entsprechende Partnerorganisationen beim Aufbau der Hotline zugezogen werden.

Dies wiederum war aber offenbar der amerikanischen Bischofskonferenz der katholischen Kirche ein Dorn im Auge. Nur weil im Gesetz auch die Unterstützung von LGBTI+ mit berücksichtigt wurde, haben die katholischen Bischöfe im Hintergrund gegen den Vorstoss lobbiiert. Wie der National Catholic Reporter weiter berichtet, ist dies aber nur ein Beispiel von vielen, bei der die Kirche versucht hat zu intervenieren, insbesondere gegen die LGBTI+ Community.

Schon beim Violence Against Women Reauthorization Act aus dem Jahr 2013 hat die Katholische Kirche zu intervenieren versucht, aus denselben Gründen wie im vergangenen Jahr. Bei diesem Gesetz sollen zusätzliche Gelder zur Verfügung gestellt werden, um Gewalt gegen Frauen besser zu bekämpfen. Dabei sollten vor allem jene Bevölkerungsgruppen profitieren, welche höhere Hürden haben, um als Opfer Hilfe und Unterstützung zu erhalten, sei es aufgrund der geografischen Lage, ihrer Religion, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität. Als Grund für ihre ablehnende Haltung erklärte die Bischofskonferenz damals, dass alle Menschen vor Gewalt geschützt werden sollen und dass die Kategorisierung der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität problematisch sei. Damit würde die Bedeutung und Wichtigkeit der sexuellen Differenz untergraben und man nutze die Kategorien für die Neudefinition der Ehe. Die Ehe sei aber die einzige Institution, die einen Mann und eine Frau miteinander und mit allen Kindern, die aus ihrer Vereinigung hervorgehen, verbinden würde, hiess es damals.

Dass die katholische Kirche aktuell auch den Equality Act bekämpft, liegt somit auf der Hand: Dieser hat vor wenigen Wochen das US-Repräsentantenhaus passiert und sieht einen umfassenden Diskriminierungsschutz für LGBTI+ vor, und zwar in diversen Lebensbereichen, wie etwa im Arbeitsrecht oder in Bezug auf das Wohnen. Die Kirche argumentiert hier, dass dieses Gesetz für religiöse Menschen diskriminierend sei, indem vorgegeben werde, dass Menschen mit einer Anziehung zum gleichen Geschlecht oder einer abweichenden Geschlechtsidentität geschützt würden. Die Politik wolle damit zudem Personen und Organisationen eine umstrittene Ansicht über das Geschlecht aufzwingen.

Mit ihrer Haltung will die katholische Kirche die aktuellen Realitäten aber offenbar nicht anerkennen. Laut aktuellen Studien haben LGBTI+ vier Mal häufiger Selbstmordgedanken als ihre gleichaltrigen Jugendlichen. Dabei gaben 20 Prozent aller queeren Jugendlichen an, schon Selbstmordgedanken gehabt zu haben, und bei trans Jugendlichen lag der Anteil gar bei rund 33 Prozent. Ebenso weigert

sich die Kirche mit ihrer Haltung, die anhaltende Diskriminierung von LGBTI+ anzuerkennen und stellt die Religionsfreiheit somit selbst über die Grundrechte.

gay.ch / 2.4.2021